

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 29 (1935)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und Starhemberg vollends zu Herren gemacht. Aber nun haben wir schon berichtet, daß die ganze Volksstimmung gegen dieses Verhältnis zu Italien im allgemeinen, als auch im besonderen gegen die Stellungnahme zur abessinischen Sache ist. Diese Orientierung wird sich um so weniger noch lange halten können, als Mussolinis Lage sich verschlechtert, was wir als sicher betrachten dürfen. Eine *andere* Orientierung drängt sich völlig auf: nämlich *der Anschluß an die neue Linie der Weltpolitik, an England* (das ja neue Bürgschaften übernimmt), *an Frankreich*, wenn es demokratisch bleibt, und *an die Kleine Entente*. *Die Voraussetzung dafür ist aber die Wiederherstellung der Demokratie*. Davon scheint man doch auch in den Regierungskreisen etwas zu spüren. Der Minister für die Sozialpolitik, Professor Dobretsberger, hat jüngst die *allmähliche Wiederherstellung der freien Gewerkschaftsbewegung* in Aussicht gestellt. Man weiß von einer Sendung Karl Renners nach Brünn zu den Führern der sozialistischen Emigration. Inzwischen zeigten Massenverhaftungen von Sozialdemokraten, namentlich Eisenbahnern, daß der Sozialismus in Oesterreich *lebt*.

Für diesen aber dürfte die Stunde gekommen sein, wieder hervorzutreten und sein Recht zu fordern. Vielleicht wäre es schlimm, wenn er den Augenblick verfäumte. Die Arbeiterbewegung und die Demokratie der ganzen Welt müssen ihm dabei helfen. Es wäre ein erster großer Akt der Auferstehung der Freiheit.

Wenn wir zum Schlusse nochmals die Frage stellen, welches die *Aussichten* für die neue Wendung der Weltpolitik sind, die wir nun in Satz und Gegensatz verfolgt haben, so verweisen wir noch auf zwei Tatsachen. In *Polen* scheint sich ein Umschwung gegen die hitlerfreundliche Politik des Marschalls Pilsudski und seines Werkzeuges Oberst Beck deutlich anzukündigen. Damit würde die Isolierung Hitlerdeutschlands wieder fast vollkommen. Und die *Tschechoslowakei* scheint sich fest in diese neue Linie einzufügen, nun die Verbindung von Rußland und *England* erstrebend und vermittelnd.

Wenn wir das alles bedenken, so geht wieder ein edles Hoffnungslicht auf. Gegen die Diktatur erhebt sich in neuer Lebenskraft die Demokratie, gegen die besonders von Deutschland und Japan drohende furchtbare Gefahr des Weltkrieges und der Weltkatastrophe eine neue Rechts- und Friedensordnung der Welt. Etwas wie politisches Adventslicht, ein Strahl aus einem höheren.

12. November 1935.

Leonhard Ragaz.



Zur Chronik.

I. Weltpolitisches. 1. Außerhalb Europas. Der Krieg im *Chaco* scheint nun doch zu Ende zu sein, obgleich der Friedensvertrag noch nicht von beiden Seiten angenommen ist.

In Nordindien hat die englische Regierung einen Aufstand der *Mohmands* unterdrückt. Sie hat dabei stark mit der „Luftwaffe“ operiert, was ihr besonders von den englischen Gegnern der Sanktionen gegen Italien immer wieder vorgehalten wird.

Zwischen *Abyssinien* und den arabischen Herrschern von *Yemen* und *Hedschas* schweben Bündnisverhandlungen, die sehr bedeutsam werden können.

In *Aegypten* sind schwere englandfeindliche Unruhen, besonders von den Studenten getragen, ausgebrochen. Den Anlaß dafür hat eine Äußerung Hoares geboten, England halte die Wiederherstellung der Aegyptens Selbständigkeit besser als die jetzige gerecht werdenden Verfassung von 1923 nicht für praktisch.

2. In *Europa*. In *Griechenland* ist nun das *Plebiszit* durchgeführt worden. Es ist natürlich ganz zugunsten der Monarchie ausgefallen. Man weiß ja, wie solche Plebiszite gemacht werden! Auch mag es dem beweglichen Volk der Griechen nach all den Wirren und Nöten der letzten Jahrzehnte als Gewinn erschienen sein, sich „auf die andere Seite zu legen“, wie die Florentiner Dantes. Sie werden sich dann wieder umlagern.

Man vermutet übrigens hinter der Umwälzung den *englischen Einfluß*, während Venizelos den *Mussolinischen* vertreten habe. England wolle damit im östlichen Mittelmeer Italiens Machtstellung schwächen. Vielleicht rechnen manche Griechen mit der Wiedergewinnung des sogenannten Dodekanes, d. h. der im Krieg zwischen der Türkei und Italien von diesem annektierten zwölf Inseln, die durchaus griechisch sind, zu Griechenland gehören und wirklich zu diesem zurückkehren sollten.

Spanien erlebt einen der üblichen großen *Skandale*, in denen Geld und Weib die Hauptrolle spielen. Ein Neffe und Adoptivsohn des ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Ministers des Äußeren Lerroux und mit ihm allerlei „große Tiere“ der spanischen Politik, unter anderem der Gouverneur von Katalonien, haben sich von einem Holländer namens Strauß in ein Unternehmen hineinziehen lassen, das die Einrichtung von Spielhöllen in San Sebastiano und dann auf Mallorca betrieb und haben von ihm große Bestechungsgelder empfangen. Als dann die dadurch erkauften Bewilligungen zurückgezogen wurden, klagte er beim Präsidenten der Republik, der nach langem Zögern die Sache bekanntgab, was eine Ministerkrise zur Folge hatte. Also ein Stavisky-Skandal, der neuerdings die Fäulnis unserer Gesellschaft offenbart.

In Frankreich haben die *Stavisky-Prozesse* begonnen. Warum erst jetzt und gerade jetzt?

In *Eupen-Malmedy* sind drei Bürger, welche sich als deutsche Agenten entpuppten, ausgebürgert worden, was viel Erregung erzeugte.

Das Verhältnis zwischen *Polen* und der *Tschechoslowakei* hat sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert. Anlaß dazu bot der alte Konflikt wegen der Landschaft Teschen, die Polen für sich in Anspruch genommen hatte. Der polnische Konsul Klotz daselbst wurde wegen propolnischer Agitation ausgewiesen. Polen antwortete mit Gegenmaßnahmen. In Warschau schritt man zum Boykott des Pilsner Bieres. Und so fort.

Den Hintergrund dieser Vorgänge bildet Polens hitlerfreundliche und rußlandfeindliche Politik. Wenn diese aufgegeben wird, wie es den Anschein hat, werden wohl auch die Beziehungen zwischen den zwei vorwiegend slawischen Ländern besser werden.

Eine Rückkehr zur Demokratie im Innern und damit auch zu einer anderen Außenpolitik scheint Polen sich aufzudrängen. Der neue Ministerpräsident erklärte angesichts der wirtschaftlichen Lage, man sei mit der Kraft des Widerstandes zu Ende.

In der *Tschechoslowakei* hat ein Ministerwechsel stattgefunden. An Stelle des tschechischen Ministerpräsidenten Malypetr ist der slowakische *Hodza* getreten. Das soll einen leichten „Ruck nach rechts“ bedeuten, dazu eine Konzession an das slowakische Element und *vielleicht* auch eine stärkere Zuwendung zu England im Sinne der anderwärts dargestellten Politik.

Die „*Sudetendeutsche*“ Partei Konrad Henleins hielt in Teplitz eine Tagung ab, an der 80—100 000 Menschen teilgenommen haben sollen. Henlein forderte Anteil an der Regierung und äußerte allerlei Drohungen. Seine wahre Gefinnung scheint immer noch nicht sehr klar. Es ist auch die Rede von einer Bewegung gegen ihn innerhalb der Deutschen.

In *Memel* geht der Streit weiter. Infolge der Wahlen findet ein Wechsel des Direktoriums statt. Der in seiner großen Mehrheit deutsche Landtag stellt eine ganze Reihe von Klagepunkten auf.

II. *Deutschland*. Göring hält in Breslau eine ziemlich herausfordernde Rede, auf die neue Armee pochend. — Ribbentrop ist Reichsminister geworden.

III. *Wirtschaftsleben und Sozialismus*. 1. Der große Streik in den Kohlengruben von *Südwales* hat mit einem Siege der Streikenden geendet. Die Arbeiter, die sich zum Protest gegen die Einstellung von Unorganisierten in den Schächten eingeschlossen hatten, stiegen erst herauf, als jene Maßregel zurückgenommen war. Auch die Löhne sind, wenn ich nicht irre, etwas erhöht worden. Sie waren seit 1920 von 223 Pfund (= 1115 Franken) jährlich auf 115 Pfund (= 460 Franken), also auf weniger als die Hälfte gesunken.

Nun hat die ganze Gewerkschaft der Kohlenbergleute mit großer Mehrheit beschlossen, in einen Streik einzutreten.

Die *American Federation of Labor* (der amerikanische Gewerkschaftsbund) hat es, der Lofung seines Leiters William Green folgend, abgelehnt, an Stelle der Fachgewerkschaften (Craft Unions) Industriegewerkschaften (Industrial Unions) zu setzen und damit wieder einmal seine konservative Haltung bekräftigt.

2. In *Dänemark* hat die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen um 100 000 Stimmen zugenommen. Sie bleibt damit im Bunde mit der bürgerlichen Linken in der Regierung und ist darin befestigt.

In *Rußland* machen gegenwärtig Wundertäter der Technik Sensation. Ein Arbeiter namens Stechanow hat im Donetzbecken durch eine neue Methode die Kohlenbeförderung auf das Dreifache gesteigert, ebenso der Schmied Buslygin in Gorki (früher Nischni-Nowgorod) die Produktion der Walzwerke, während die Schwestern Winogradew in Moskau ein Verfahren entdeckt haben, das 100 statt 60 Webstühle zu bedienen ermöglicht.

In *Newyork* sind bei Gemeindewahlen die Kommunisten an die dritte Stelle vorgerückt.

In *Hamburg* sind wieder eine Reihe Sozialdemokraten wegen illegaler Arbeit zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden.

IV. *Kirche und Religion*. 1. Der „*Schweizerische Protestantische Volksbund*“ hat eine Resolution gegen den abessinischen Krieg gefaßt und veröffentlicht. Unsere Kirchenblätter sind im ganzen freilich erst bis zu dem Thema: „Abessinien und die Mission“ vorgerückt.

2. In *Karachi* (Indien) sind 4000 *Paria* zum *Islam* übergetreten, um ihr Pariatum los zu werden — man bedenke: zum Islam, nicht zum Christentum!

V. *Natur und Kultur*. 1. Auf *Haiti* sollen an einer Sturmflut 2000 Menschen umgekommen sein. Hoffentlich ist die Zahl bei weitem übertrieben.

Gewaltiges Hochwasser hat in der *Schweiz* viel Verheerung angerichtet, besonders im Berner Oberland, und auch Menschenleben gefordert. Man wird an Jeremias Gotthelfs „Wassernot im Emmental“ erinnert.

Der türkische Dampfer „*Inebolu*“ ist am Eingang des Hafens von *Smyrna* gescheitert. 77 Passagiere sind ums Leben gekommen.

2. In der letzten Zeit haben in den Vereinigten Staaten wieder neue Lynchungen stattgefunden.

Elisabeth Förster, die getreue, aber allzu wenig kongeniale Schwester Nietzsches und Hüterin seines Nachlasses, Rufes und Ruhmes, ist im Alter von 89 Jahren gestorben. Ihre Gestalt hat einst, freilich nur flüchtig, meine Kindheit berührt — meine einzige persönliche Berührung mit Nietzsche, und nur eine mittelbare.

13. November.

Zur schweizerischen Lage.

Zwei Tatfachen heben sich aus dem schweizerischen Geschehen der Berichtszeit beherrschend heraus: die Wahlen in die eidgenössischen Räte und die Stellung zu den Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien.

Die *Wahlen*, die viele, wie wir selbst, mit einem sehr skeptischen Auge betrachtet hatten, konnten zuletzt doch eine ziemliche Leidenschaft erregen und auch eine verhältnismäßig recht große Bedeutung gewinnen. Jene Leidenschaft ist nicht nur daraus zu erklären, daß der Schweizer Wahlen überhaupt wichtig, ja, in einem bestimmten Sinne, allzu wichtig nimmt, was wieder damit zusammenhängt, daß er überhaupt sogenannte persönliche Fragen wichtig nimmt, ja, auch wieder in einem bestimmten Sinne, allzu wichtig; vielmehr zeigte der Ausgang, daß die *alten Parteien* das Bewußtsein hatten, um ihr Leben zu kämpfen und darum Himmel und Erde (und auch das, was *unter der Erde* ist) in Bewegung setzten, um das drohende Geschick zu beschwören. Und dazu kam, freilich mehr bloß als allgemeine Stimmung der Atmosphäre, ein Zweites: die Frage, ob die *Reaktion* sich zu behaupten oder gar zu verstärken oder die umgekehrte Bewegung Boden zu gewinnen vermöge.

Am Ergebnis ist ja Eines so deutlich hervorgetreten, daß alle mit Augen Begabten es sehen konnten, auch wenn nur wenige Ehrliche es zuzugeben wagten: *der Niedergang und Zerfall der Parteien*. Ich sage nun absichtlich nicht mehr „der alten Parteien“; denn Niedergang und Zerfall erstrecken sich nach meinem Urteil auf das Parteiwesen überhaupt.

Das Einzelne ist bekannt. Der sogenannte Freisinn ist nun auch nicht mehr die größte Fraktion in den Räten, genauer: im Nationalrat, sondern ist hier um ein wenig durch die Sozialdemokratie überflügelt. Seine überwiegende Mehrheit im Bundesrat ist damit vollends zu einer Fiktion geworden. Da diese Partei aber stark von ihrem Machterbe lebte, wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit dessen Schwinden der Zerfall vollends in beschleunigtem Tempo vor sich gehen. Das Schicksal des Rückgangs und der Zerbröckelung teilt aber auch die heute in Wirklichkeit herrschende bürgerliche Partei: die katholisch-konservative. Bei ihr sind gewisse, auf die reaktionäre Konjunktur gesetzte Hoffnungen enttäuscht worden. Wenn dies das Los der beiden hauptsächlich in Betracht kommenden bürgerlichen unter den alten Parteien ist, so ist auch von den meisten *neuen* Parteien zu sagen, daß sie eine Niederlage erlitten haben. Fast vernichtend ist die der „Fronten“, verkörpert in der der „Nationalen Front“. Sie haben einzig in Zürich und in Genf (hier scheint's mehr durch Wahlzufall) einen Vertreter durchgebracht, in Schaffhausen aber, einem Hauptsitz, einen völligen Zusammenbruch erlebt. Man darf wohl ohne Gefahr der Voreiligkeit annehmen, daß mit diesem Fiasko die Frontenbewegung insofern erledigt sei, als sie nicht die geringste Aussicht mehr habe, etwa nach dem deutschen oder italienischen Vorbild auf den trüben und wilden Wellen einer mit allen Mitteln, guten und noch mehr bösen, vorwärts gepeitschten stürmischen Volksbewegung zur Macht zu gelangen. Das Unternehmen war, auf alle Weise, falsch angelegt, eine oberflächliche, verfehlte Spekulation. Abgesehen davon, daß die Bewegung mit Faktoren rechnete, die bei uns gar nicht vorhanden waren und sind, von denen vielmehr das Gegenteil vorhanden ist (ich denke vor allem an die Aufstachelung des Nationalismus und Antisemitismus), litt sie besonders an einem Grundmangel: sie schwankte zwischen einer revolutionären und einer reaktionären Haltung, geriet aber bald mehr in die reaktionäre und verlor damit vollends alle Originalität; denn wir hatten Reaktion in anderer Form genug. Daß es ihr dabei an einem beherrschenden und hinreißenden „Führer“ fehlt, ist bekannt und kann bei solchem Mangel einer lebendigen, nicht bloß künstlich geschaffenen Idee nicht verwundern. Aber auch die so viel ernsthaftere und solidere Freigeld-Partei hat keinen Wahlerfolg gehabt. Das ist besonders insofern zu bedauern, als wir nun einen Mann wie Werner Schmid nicht in den Nationalrat bekommen, wo er so nötig gewesen wäre, und zwar nicht etwa bloß auf der Linie der Freigeldsache. Aber es ist auch zu bedauern, weil diese Bewegung nachgerade unsere einzige Volksbewegung mit revolutionärem Schwunge war. Die Freigeld-

Bewegung (die sich selber lieber Freiwirtschaft-Bewegung nennt) wird vielleicht gut tun, sich durch diese Wahlerfahrung erst recht auf der Bahn vorwärtstreiben zu lassen, die sie schon beschritten hat: ihr Programm zu dem einer *umfassenden*, in einem weiteren Sinne sozialistischen Volksbewegung zu gestalten und ihre Währungs-idee aus einer wirtschaftlichen Theorie noch mehr zu einem *Symbol* des Vorstoßes gegen die *Geldherrschaft* zu machen. Einen Erfolg, wenn auch nicht einen großen, haben die Jungbauern gehabt, die besonders im Kanton Bern eine Anzahl Mandate erobert haben, leider nach, wie behauptet wird, nicht immer erbaulichen Verhandlungen mit der alten Bauernpartei.

Der Mißerfolg besonders der Freigeld-Partei erklärt sich zum Teil freilich aus derjenigen Tatsache, welche vor allem auch den Niedergang und Zerfall der alten bürgerlichen Parteien illustriert: dem Erfolge *Duttweilers*, welcher mit seinen auf einen Schlag gewonnenen sieben Mandaten und den an die alten großen Parteien heranreichenden, sie zum Teil sogar (wenn ich nicht irre) überbietenden Wählerzahlen, die Sensation des Tages bildete. Man hat zu deren Erklärung allerlei Gründe angeführt, vor allem den Willen vieler Wähler zum Protest gegen die staatliche Bevormundung des wirtschaftlichen Lebens und dann das Konsumenteninteresse, das Duttweiler so kräftig vertrete. Ich möchte selbst ein anderes Motiv hervorheben, von dem ich weiß, daß es viele veranlaßt hat, Duttweiler diesmal ihre Stimme zu geben, obschon sie weder von dem Mann, noch von seiner Sache übermäßig begeistert sind. Es ist das *Voilà un homme!* Man ist durch die Tatsache erregt, endlich wieder etwas wie einen *Mann* zu sehen. Man will einen solchen Mann gerne im Bundespalais haben, wo er „Leben in die Bude“ bringen soll. Tut er das nicht oder tut er es in einem unerwünschten Sinne, dann läßt man ihn wieder fallen. Duttweiler ist vor allem ein Protest gegen die alten Parteien und das ganze Parteiwesen, dazu gegen die Langeweile, Stagnation und Fäulnis unseres Bundeshauses.

Gegen die bürgerlichen Parteien! Aber auch gegen die *sozialistischen*? Sie mußten ja eigentlich die Oppositionsstimmung auflösen, die nun einen Duttweiler zum Siege getragen hat. Diese Oppositionsstimmung hätte den Fluß des Sozialismus zu einem Strom anschwellen, ja eine Ueberschwemmung, einen „Erd-rutsch“ bewirken müssen. Aber davon ist keine Rede. Die Kommunisten haben keinen nennenswerten Fortschritt gemacht und die Sozialdemokratie sich mühsam behauptet. Der Umstand, daß sie nun die stärkste Fraktion im Nationalrat stellt, mag einigen dieser sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder die Brust schwellen, aber er ist eine ähnliche Fiktion wie jene Bundesratsmehrheit des Freisinns. In Wahrheit hat besonders das Experiment der „Arbeitsfront“ verfaßt, während die „Einheitsfront“ wenig Wesentliches genützt hat. Nebenbei: die neue, von Moskau ausgehende, Taktik raubt den Kommunisten den Vorteil, den sie sonst aus der angeschwollenen Oppositionsstimmung ziehen könnten. Ihre neue Taktik nähert sich oft fast der Wegwerfung, was ihnen selbst schadet, aber auch den sozialdemokratischen Drahtziehern, die dadurch in ihrer Selbsttäuschung bestärkt werden. Das, wie gesagt, nur nebenbei; es soll damit nichts gegen die Taktik der „Einheitsfront“ im allgemeinen gesagt sein. Aber warum ist die „Arbeitsfront“ nicht zur Tatsache geworden und hat die Sozialdemokratie aus der Oppositionskonjunktur keinen nennenswerten Gewinn gezogen? Die Antwort ist: weil die große Voraussetzung dafür fehlte, der *Geist* der Opposition, besser der im richtigen Sinne *revolutionäre* Geist. Es zeigt sich nun eben schon die Katastrophe, in welche eine Führung, die im Grunde bloß eine Verführung war, unseren schweizerischen Sozialismus hineingelotst hat. Man hat durch das zum Teil aus sehr unlauteren Motiven, mit allen Mitteln der Demagogie, betriebene Einlenken in den bürgerlichen Militärpatriotismus dem Sozialismus das Rückgrat gebrochen. Er ist nun ein mattes, kleinbürgerliches Gebilde, das niemand mehr begeistert, ohne Glauben, ohne Schwung, ohne achtunggebietende Haltung. Darum ist es auch mit der „Arbeitsfront“ nichts. Auch diese muß aus dem *Geiste* geboren werden und nicht aus Opportunismus, Schlaueit und Machtkalkül. Vollends Fiasco gemacht aber hat jene Schwenkung zur „Demokratie“ in Form der neuen Militärpolitik. Dafür

weiß kein Mensch Dank. Der Kampf gegen den „Marxismus“ geht mit vermehrter Gehässigkeit, ja Wut vorwärts. Keinen Hund hat man damit vom Ofen gelockt. Keinen Feind hat man damit bekehrt; wohl aber sehr viele verloren, die Freunde waren oder hätten werden können. Und nicht einmal einer der Hauptzwecke des Manövers ist erreicht: wenn Grimm und Huber doch Bundesräte werden sollten, wie Nobs Regierungsrat geworden ist, dann höchstens, damit der „Marxismus“ erst recht abgetan werde. Das ist das Los alles Verrats an sich selbst. Nur ein ganz neuer Ansatzz kann hier Hilfe schaffen.

Fragen wir nun aber allgemein: Was kann dieser Ausgang der Wahlen bedeuten? Was bedeutet vor allem der Niedergang und Zerfall der alten bürgerlichen Parteien? Bedeutet er Böses oder Gutes oder weder das eine noch das andere, oder vielleicht beides?

Ich glaube, daß er im ganzen doch *Gutes* bedeute, zum mindesten bedeuten *könne*. Das Parteiwesen muß zerfallen, noch ganz abgesehen davon, daß die alten Parteien hohl und leblos geworden sind. Es muß *Neues* werden, und das wird stets nur aus dem Chaos. Aber dieses Neue muß auf den Plan treten, muß seine Fahne zeigen, muß Kraft beweisen. Hier liegt die große Aufgabe eines neuen Sozialismus. Auch des „religiösen Sozialismus“. Das Chaos bedeutet natürlich auch Verwirrung. Alles kommt darauf an, daß rasch die neuen Linien und Lösungen sichtbar und hörbar werden.

Das Chaos bedeutet *Verwirrung*. Und die Verwirrung kann von der *Reaktion* benutzt werden. Hier droht eine große Gefahr. Der Freisinn und die katholisch-konservative Reaktion können sich, enttäuscht, erst recht auf ihre Absichten versteifen und versuchen, das, was auf dem demokratischen Wege des Wählens und Stimmens verloren geht, durch *Gewalt* zu erreichen. Der *Faschismus* kann gerade durch dieses Wahlergebnis eine starke Förderung erfahren. Auch für die Fronten liegt nichts näher als der Gedanke, auf *diesem* Wege vorwärts zu kommen, im Bunde mit den andern Mächten der Reaktion. *Wir sind vielleicht erst jetzt in die kritische Stunde der Demokratie getreten.*

Mancherlei Symptome weisen auf solche Entwicklungen hin. Aus ihnen tritt der Versuch des Bundesrates hervor (den er sich wohl gehütet hat, vor den Wahlen bekanntzugeben!), das *Initiativ- und Referendumsrecht* zu beschneiden, dadurch, daß die Unterschriften nur auf der Gemeindekanzlei, zu bestimmten Stunden, nicht mehr frei wie bisher, abgegeben werden dürften. Es leuchtet jedem ein, was das bedeutete: einmal eine Kontrolle des die Unterschrift Gebenden, welche Zahllose davon abhalten würde, sie zu geben, sodann eine äußere Erschwerung, die den gleichen Erfolg hätte. Der Bundesrat begründet dieses Attentat auf die Demokratie damit, daß er durch diese Maßregel „die Würde der Demokratie“ wieder herstellen wollte. Ausgerechnet *der* Bundesrat, der besser täte, nicht durch immer neue ungeheute Verletzungen der Verfassung die Demokratie zu einem Hohn zu machen. Und ausgerechnet die „Neue Zürcher Zeitung“ nimmt diese Lösung auf, indem sie gleichzeitig Mussolinis faschistische Diktatur unterstützt. In Wirklichkeit handelt es sich dabei einfach wieder um eine der heute üblichen Lügen. Denn das Gegenteil jener Vorgabe ist der Sinn des Versuches: Referendum und Initiative bildeten bisher einen wirklichen Schutz gegen die Diktatur des Bundesrates und seines bürokratischen und pseudoparlamentarischen Machtapparates. Das haben immer neue Abstimmungen gezeigt. Dieser Schutz soll nicht ohne Absicht gerade jetzt zerstört werden. Denn der Bundesrat hat im Sinne, auf seinem Diktaturweg weiter zu gehen, im Wirtschaftlichen, aber auch im Politischen. Auch der *Säbel* dürfte nicht weit von diesen Plänen zu suchen sein.¹⁾ Darum, mag auch dieser

¹⁾ Was der Säbel für Ansprüche macht, beweist neuerdings ein Vorfall, der sich auf dem Bahnhof Zürich abgespielt hat. Dort hat ein Leutnant aus der Dynastie *Wille* einem alten Mann den Hut vom Kopf geschlagen, weil er die Fahne nicht begrüßt habe. Dabei handelte es sich um einen alten Militärpatrioten, der nur zufällig die Fahne nicht gesehen hatte. Diesem Fetischdienst der Fahne gegenüber ist rechtzeitiger äußerster Widerstand am Platze. *Principiis obsta!*

Vorstoß an der Volksabstimmung, die zu unterdrücken gleichwohl nicht gelingen wird, scheitern, was ja sicher ist, so ist gerade sein unverfälschtes Hervortreten ein Symptom, auf das zu achten sehr nötig ist.¹⁾

Auf Gefinnungen und Manöver der *Reaktion* stoßen wir auch, wenn wir zu jener zweiten Tatfache gelangen, die noch sehr viel wichtiger ist als die Wahlen, die wir aber das letzte Mal schon grundsätzlich in Ausführlichkeit behandelt haben: die schweizerische Stellungnahme zu den *Sanktionen* des Völkerbundes gegen Italien. Hier haben wir inzwischen eine Weiterentwicklung jener schweizerischen Schmach erlebt, deren Träger und Symbol immer mehr Motta geworden ist. Er hat im Großen Sanktionskomitee eine Erklärung abgegeben, welche jener früheren, im Völkerbundsrat verlesenen, ebenbürtig ist. Hier wird vor allem der Versuch gemacht, aus der Londoner Erklärung nun doch herauszukonstruieren, daß wir unsere ganze Neutralität bewahrt hätten. Daß das nur durch Advokatenkünste der traurigsten Art möglich ist, sieht jeder Ehrliche, der den Text jener Erklärung nochmals liest. Das genaue Gegenteil steht darin. Gegen eine Berufung auf eine Neutralitätsakte von 1906 aber spricht ganz unzweideutig jener Artikel 20 des Völkerbundspaktes, der alle Abmachungen aufhebt, die dem Völkerbundsvertrag und seinen Zwecken im Wege stehen könnten.²⁾ Wie miserabel die Begründung unseres Verrates am Völkerbund ist, zeigt am klarsten jene kindische Erklärung, die immer wiederkehrt, daß wir unsere Sanktionsmaßnahmen zum Teil in der gleichen *Sprache* verkündigen müßten, welche der Sprache, dem sie gälten! Kann man moralisch und intellektuell tiefer sinken? Man bedenke: wir haben auch die französische und die deutsche Sprache unter uns, dazu die rätomanische, die mit der spanischen, portugiesischen und rumänischen verwandt ist. Also dürften wir uns auch an Sanktionen gegen Frankreich, Belgien, Deutschland, Oesterreich, Holland und Skandinavien (weil deren Sprache mit der deutschen nahe verwandt ist), Rumänien, Spanien, Süd- und Mittelamerika nicht beteiligen, wohl aber an solchen gegen England, Amerika, China, Japan und — *Rußland*. Lächerlich, und mehr als das, ist auch das Argument, die Schweiz würde durch die Einstellung der Ausfuhr nach Italien besonders leiden. Denn wenn nur diejenigen Länder den Handelsverkehr mit dem Rechtsbrecher einstellen sollten, die — keinen haben, dann bekämen wir seltsame Sanktionen! *Dann* bliebe nur entweder der Bankrott des Völkerbundes oder als einzige Sanktion der Krieg übrig.

Sehen wir uns aber nun die von der Schweiz getroffenen Maßregeln im einzelnen an. Das Ergebnis ist, daß man nicht den Mut hat, offen zu erklären: „Wir machen nicht mit, einmal weil uns das Opfer kostete und einen Profit raubte, sodann weil wir Mussolini nicht erzürnen möchten!“, sondern man tut, als ob wir korrekt völkerbundstreu vollführten, was „unsere Pflicht“ sei, während wir in Wirklichkeit nichts, ja weniger als nichts tun. Wir beteiligen uns am finanziellen Boykott. Das bedeutet einerseits wenig, weil ja die Neigung, Italien Kredite zu gewähren, sogar bei den schweizerischen Geldgebern, die sonst so leicht auf lockende hohe Zinsen und andere Gewinne hineinfallen, gering sein dürfte, andererseits aber durchlöchern wir auch noch diesen dünnen Wandschirm, indem wir schweizerische Firmen in Italien von diesen Maßregeln ausschließen, obgleich sie gewaltig der italienischen Rüstung dienen können. Dann das Verbot der Waffenausfuhr. Das ist nun vollends ein Skandal und eine Lüge dazu. Denn wenn wir um der Neutralität willen, wie man sagt, die Waffenlieferungen nicht nur nach Italien, sondern auch nach Abessinien verbieten, so ist das eine direkte Parteinahme für *Italien*. Dieses kann sich ja Waffen genug verschaffen, Abessinien aber könnte die schweizerische Hilfe in dieser Beziehung sehr brauchen. Ich möchte hier an eine Tatfache

¹⁾ Diese Beurteilung der Lage ist, seitdem das geschrieben wurde, auf eine Weise bestätigt worden, die sogar über meine Erwartung hinausgeht. Davon das nächste Mal.
18. November.

²⁾ Das Argument, daß unsere Neutralität einer besseren Definition bedürfte, hat also in diesem Falle gar keine Geltung. Es liegt alles klar genug — außer unser Wille!

erinnern, welche wieder die ganze Verlogenheit unseres schweizerischen Militarismus illustriert. Als wir vor Jahren einen Vorstoß gegen die private *Rüstungsindustrie* machten, da wurde für diese von militärischer Seite angeführt, wir müßten doch die Möglichkeit haben, ein schwaches, nicht gerüstetes Volk gegen ein stärkeres und hochgerüstetes zu unterstützen. Und nun, da wir eine klassische Gelegenheit dazu hätten, helfen wir ausgerechnet dem Stärkeren und Gerüsteteren! Es ist die gleiche Lüge, wie die mit dem Heere, das mächtig unsere Freiheit und Demokratie schützt, wenn keine Gefahr droht, aber in der Versenkung verschwindet, wenn auch nur ein fernes Wölkchen am Horizont erscheint, und durch den Kotau der Feigheit ersetzt wird. — Endlich aber noch das Kontingentierungs- und Clearingsystem, mit dem wir „unsere Pflicht“ tun wollen. Das ist doch offenkundig etwas, was mit Sanktionen kaum etwas zu tun hat. Das wäre auch sonst gekommen und ist auch sonst im Spiel.

Kurz: wir haben statt der Ehrlichkeit und Wirklichkeit ein Ausweichen hinter Fiktionen, Lügen und Lächerlichkeiten.

Aber eine schwere Tragik kommt vollends in das alles, wenn wir bedenken, daß Tag für Tag 30 000 Tonnen Kriegsmaterial durch die Schweiz nach Italien laufen — gegen Abessinien und gegen den Völkerbund, wir aber daran ein schweres Geld verdienen. Welchen Schweizer, der noch ein Gefühl für das Walten einer sittlichen Ordnung hat, muß darob nicht ein Grauen ankommen? ¹⁾

Wir werden ein Gelächter und ein Hohn der Welt. In Genf nenne man die schweizerische Delegation nur noch die „Lavalgarde“. Bei der letzten Erklärung Mottas hat man es offen ausgesprochen, daß diese Haltung mit einer wirklichen Treue gegen die Völkerbundspflichten nichts zu tun habe, und Frankreich, ausgerechnet Frankreich, hat dagegen Verwahrung eingelegt. Man will diese schweizerische Neutralität, die zum Deckmantel für alle internationale Unanständigkeit geworden ist, einmal unter die Lupe nehmen. Sogar *wirtschaftlich* betrachtet ist diese Haltung töricht. Die angelfächische Welt könnte daraus Konsequenzen ziehen, die ungleich schwerer wären als Mussolinis Zorn. Politisch betrachtet ist sie vollends Selbstmord. Wir berauben uns, so viel an uns liegt, des Schutzes, den uns eine internationale Rechtsordnung und die Achtung und Liebe der Welt gewährten. Wir ziehen, das ist das Schwerste, das *Gericht* auf uns herab. Wir bringen die Schweiz auf allen Linien in Lebensgefahr.²⁾

Warum? Was bestimmt die Politik des Bundesrates und besonders Mottas? Ist es nur Feigheit und Unwilligkeit für das Opfer? Es ist nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten, *Hintergründe* dieser Haltung zu suchen. Da drängt sich eine Erklärung völlig auf: *Mottas Politik ist die des Vatikans*. Dieser stützt Mussolini, weil er sich auf ihn gestützt hat und sein Fall ihn selbst mitrisse.²⁾ Weil Motta dieser Politik verhaftet ist, muß die Schweiz in Lebensgefahr gebracht, muß ihr Ansehen und ihr Lebensrecht verspielt werden. Es war ja schon mit der Haltung gegen *Rußland* so. Da gab es auf einmal diese berühmte Neutralität *nicht*, da gab es nur Parteinahme — wieder mit dem Vatikan und seinen Verbündeten.

Ich wiederhole, was ich früher bei ähnlichen Anlässen erklärt habe: Das ist nicht gegen den *Katholizismus* gesagt! Die Politik des Vatikans ist keineswegs immer der beste Ausdruck des katholischen Geistes. *Gegen* das Bündnis des Vatikans mit dem Faschismus stehen die besten der Katholiken. Ich sage also nichts gegen den Katholizismus, wenn ich es für einen Skandal erkläre, daß die Politik der Schweiz der Privatliebberei eines Motta und den Zielen der Jesuiten (denn diese beherrschen schließlich den Vatikan) dienen soll.

Ich frage: *Wie lange wird sich die Schweiz noch gefallen lassen, Objekt und Werkzeug dieser Politik des Vatikans zu werden?* Wir erheben einen Alarmruf: „Die Schweiz ist in Lebensgefahr — sie ist durch den Bundesrat gefährdet und muß durch eine Volkserhebung gegen ihn gerettet werden!“

¹⁾ Vgl. die Ausführungen auf Seite 561—562.

²⁾ Vgl. „Zur Weltlage“, Seite 566.

Ein Ausdruck einer solchen kann und soll der *Boykott* sein, den nun die Privaten üben müssen. Er wird zu einer Verteidigung der Vökerbundeshre und der moralischen Existenz der Schweiz überhaupt. Aber es ist vor allem auch ein Kampf gegen den *Krieg*. Er will den jetzigen Krieg zu Ende bringen und künftige verhindern helfen, indem er die Kraft der übernationalen Rechtsordnung stärkt. Er will sicher nicht dem italienischen Volke etwas zuleide tun (die meisten von uns *lieben* das italienische Volk, der Schreibende sogar ganz besonders), er will es *retten* helfen. Ueben wir den Boykott mit aller Kraft, forgen wir aber auch dafür, daß er im rechten Geiste geübt werde und damit diesen Geist stärke.

8. November 1935.

Arthur Henderfon.

Arthur Henderfon ist, dreiundsiebzigjährig, gestorben. Er habe den Ausbruch des abessinischen Krieges nicht mehr erfahren. Wohl aber hat das vorläufige Scheitern der Abrüstungskonferenz das Ende seines Lebens mit Dunkel überschattet. Wir dürfen hoffen, daß sein Glaube ihm gesagt habe, daß *ein* Ende nicht immer *das* Ende sein muß und daß es Auferstehung gibt. Man muß bedauern, daß er nicht auch erlebt hat, was inzwischen in Genf geschehen ist. Schon das hätte ihm zeigen können, daß er nicht umsonst gelebt habe. Mit der zähen Ausdauer eines Engländers, der zugleich ein Jünger Christi und Prediger seiner Botschaft war, hat er als Kapitän der Abrüstungskonferenz deren Steuer gehalten, sozusagen bis der Tod seine Hand davon löste. Und früher hat er, als Minister des Auswärtigen in der ersten Arbeiterregierung, unterstützt von seinem begabten Sekretär Dalton, den Geist einer sozialistischen Weltpolitik mit Kraft und Treue vertreten, viel Gutes getan, wovon die Welt das wenigste erfahren hat, und viel Böses verhindert.

Im Frühling 1914 fuhren meine Frau und ich eines Tages nach dem Viktoria-Bahnhof in London, um von dort aus der Beerdigung eines Führers der Dockarbeiter beizuwohnen. Wir sollten am Bahnhof zwei Arbeiterführer treffen, die damals noch nicht weltberühmt waren: Arthur Henderfon und Ramsay Macdonald. In ihrem Automobil fuhren wir zu dem Trauerhaus in Ostlondon. Auf den ersten Blick erkannte man den Unterschied zwischen den beiden Männern: Macdonald glänzender, aber auch selbstbewußter, ja noch etwas mehr als das, Henderfon schlichter, fast unscheinbar, bescheiden, aber echt und gediegen. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, wie er während des Krieges als Minister der Arbeit bereit war, auf Friedensverhandlungen einzugehen, die etwas anderes als Versailles bedeutet hätten. Er blieb auch als Minister „comrade“ (Genosse), und war bereit, mit „comrades“ kameradschaftlich zu verhandeln. Unter ihm hätte man nicht vergeblich um Einstehen gegen das gefleht, was am 12. Februar in Wien geschah. Es wäre überhaupt nicht geschehen.

Ich habe damals im Browning-Settlement von Herbert Stead in Südost-London ein Buch gesehen, worin sich gewisse Menschen eintrugen, die erklärten daß sie „followers of Christ“ (Nachfolger Christi) sein möchten. Ganz vorn stand der Name Arthur Henderfon. Ich glaube, daß er sein Gelübde gehalten hat.

Redaktionelle Bemerkungen.

Dieses Heft ist, wie man sehen wird, in der ersten Hälfte vorwiegend den Problemen gewidmet, welche durch die *Oxford-Bewegung* und verwandte Denkweisen aufgeworfen werden. Da die Beiträge über diese Probleme unabhängig voneinander entstanden sind, so mag es einige Variationen des gleichen Gedankens geben, aber der Leser wird sie gewiß entschuldigen.

Ein Bericht über die schöne Ferienwoche in *Attisholz* wie einer über die im Ganzen sehr erfreulich verlaufene *religiös-soziale Konferenz in Winterthur* soll im nächsten Heft folgen.